

Offene Worte

Online Nr. 147

Zeitung der LINKEN für den Barnim 19. Jan. 2022, 31. Jahrg.

„Der Markt regelt die Profite, ist aber unfähig, die Grundrechte durchzusetzen“

DIE LINKE Brandenburg diskutierte auf ihrem Online-Parteitag am 16. Januar Schlussfolgerungen aus dem schlechten Wahlergebnis im September./Anfang April soll inhaltliche Neuausrichtung beschlossen werden.

„Wir stellen uns zukünftig breit auf. Wir lassen uns nicht kleinreden und unser Anspruch ist es, dass DIE LINKE wieder wer ist im Land“, damit machte Katharina Slanina, eine der beiden Brandenburger Landesvorsitzenden auf dem Online-Landesparteitag der LINKEN am 16. Januar den Anspruch des Brandenburger Landesverbandes deutlich. „Dieser Umschwung wird nicht von heute auf morgen geschehen“, betonte Slanina. Aber sie will mit der LINKEN: „Diskutieren und streiten wir mal wieder darum, wie wir Hipster, Feministinnen, Malocher und Kindergärtnerinnen gleichermaßen gewinnen können für den Kampf für eine bessere Gesellschaft. Pop und Bockwurst, Hüpfburgen und Verstaatlichungen, Steuerpolitik und Rechtsstaatlichkeit, Stadt und Land. Es wird schwer. Aber am Ende könnte es besser werden“, machte Slanina Mut. Denn der nächste Landesparteitag am 2./3. April soll inhaltlich neu bestimmen, „wo wir als Brandenburger LINKE bis zur Landtags- und Kommunalwahl 2024 politisch aber auch innerparteilich hinwollen“, so die Co-Landesvorsitzende.

„Als Brandenburger LINKE haben wir das schlechteste Wahlergebnis unserer Geschichte eingefahren“, wagte der Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN, Sebastian Walter, noch einmal den Rückblick auf die innerparteilichen Diskussionen nach der Bundestagswahl im September. DIE LINKE sei zerstritten wahrgenommen worden, habe Uneinigkeit gespiegelt, sich vor inhaltlichen und strategischen Debatten gedrückt.

„Wir haben ein Problem, wenn die Leute zwar sagen, wir haben tolle Konzepte, es überwältigende gesellschaftliche Mehrheiten für einzelnen Positionen von uns gibt, man uns aber nicht zutraut, diese auch tatsächlich umzusetzen“, fasste Walter die Lage

zusammen. Eine sozialistische Partei sei immer dann stark, wenn sie in der Mitte der Gesellschaft und nicht neben ihr stehe, wenn sie Menschen glaubhaft vermittelt: Gemeinsam sind wir stark. Gemeinsam erarbeiten wir Lösungen, betonte Walter. Und führte dann viele Beispiele aus den letzten zwei Pandemie Jahren auf. **DIE LINKE müsse Mut machen und Halt geben, gerade in unsicheren Zeiten:** Der Krankenschwester, die immer noch keine besseren Arbeitsbedingungen oder besseren Lohn erhält. Den Eltern von Schüler:innen, die für Luftfilter und besseren Infektionsschutz in Schulen kämpfen. Dem Gastronom, der noch auf Hilfen aus dem letzten Jahr wartet. „Und wir wundern uns über Vertrauensverlust in der Bevölkerung?“, fragte Walter, der in Eberswalde wohnt. „Wenn sich Politik und Staat nicht mehr für die Menschen interessiert, warum sollten sich dann die Menschen noch für den Staat interessieren? Wir verstehen den Frust, wir verstehen die Hilflosigkeit und die Wut. Und diesen Gefühlen, diesem Protest geben wir Ausdruck im Parlament und vor Ort“, verdeutlicht Walter ein Ziel der LINKEN. Und betont: Aus dieser Krise kommen wir nur mit Solidarität. Nur gemeinsam.

Soziale Probleme werden überhaupt nicht gesehen. Soziale Gerechtigkeit ist ein blinder Fleck der Regierenden, so der Fraktionschef weiter. „Wir lassen das aber nicht zu. **Wir werden in der Öffentlichkeit als DIE Opposition im Land gesehen. Wir geben denen eine Stimme, die sonst keine haben. Daran können wir einfach auch stolz sein.**“ 20 Initiativen habe es seit Beginn der Pandemie durch DIE LINKE im Landtag gegeben: Strompreise deckeln, Mindestkurzarbeitergeld einführen, Mietpreisbremse ausweiten, alle wurden abgelehnt. „Nicht einmal

kostenlose FFP2-Masken will diese Landesregierung verteilen“, regt sich Walter auf. „Kein Geld heißt es da, der Staat könne da nicht helfen, dass regelt der Markt.“ Das sehe DIE LINKE genau entgegengesetzt: Die Armut steige, Privatinsolvenzen steigen, Stromkosten wachsen. Stromversorger können ihren Kunden einfach kündigen. Menschen werden nach Jahrzehnten aus ihren Wohnungen einfach rausgeschmissen. **„Der Markt regelt die Profite weniger. Ist aber unfähig die Grundrechte durchzusetzen. Gleiche Lebensbedingungen in allen Regionen, ein Leben**

ohne Angst sind keine Wünsche, sondern müssen selbstverständlich sein.“

Und dann greift der 31-jährige noch die Landesregierung an: „Wenn die Sozialministerin bedauert, dass Pflegekräfte zu wenig verdienen, dass private Klinikkonzerne Profit machen wollen, dann reicht das einfach nicht. Diese Landesregierung trägt die volle Verantwortung, jetzt muss sie sie auch endlich annehmen. Denn an anderer Stelle ist der Staat ja entscheidungs- und handlungsfähig.“ Und verdeutlicht am Beispiel von Tesla, wie alles auf einmal schneller und teurer geht. *bc*

DIE LINKE im Bundestag in dieser Woche: Für soziale Gerechtigkeit



Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
23. Januar 2022